

Die Revitalisierung des Krieges als Mittel deutscher Politik

Eine Politik für den Frieden – eine Armee nur zur Verteidigung



„Wir wollen unsere Söhne nie mehr in die Kaserne schicken! Und wenn doch einmal irgendwo wieder der Wahnsinn des Krieges ausbrechen sollte und wenn dabei das Verhängnis es wollen sollte, dass unser Land das Schlachtfeld wird – nun, dann wollen wir eben untergehen und dabei wenigstens das Bewusstsein mitnehmen, dass nicht wir das Verbrechen begangen und gefördert haben.“

Mit diesen Worten sprach der bekannte Sozialdemokrat Professor Carlo Schmid 1946 sicherlich vielen Deutschen aus dem Herzen. Es war die komprimierte Erfahrung aus zwei Weltkriegen, für die Deutschland mit- bzw. allein verantwortlich gemacht wurde. „Nie wieder Krieg“, hieß die deutsche politische Parole, man meinte nie wieder

deutsche Beteiligung an einem Krieg. Das pazifistische Credo Carlo Schmidts stelle ich als Markierungspunkt an den Beginn meiner Ausführungen. Daran ist zu ermessen, welche Strecke Deutschland auf seinem Wege der Remilitarisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bis heute zurückgelegt hat.

Nicht nur Deutschland war 1945 zerstört, erschöpft und kriegsmüde. Unter dem Eindruck von 50 Millionen Toten, zerbombter Städte, von Flüchtlingsströmen, verwüsteter Landschaften und dem Völkermord an den europäischen Juden unternahm die internationale Gemeinschaft einen erneuten Versuch, den Krieg als Mittel der Politik zu bändigen. Die Präambel der Charta der Vereinten Nationen beginnt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, ...“ Eine der wichtigsten Normen der Charta, die Völkerrecht begründete, ist ein allgemeines Gewaltverbot. „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete ... Androhung oder Anwendung von Gewalt“, heißt es in Artikel 2 der Charta. Nur in zwei Fällen wurde die Anwendung von Gewalt, auch von Waffengewalt, legitimiert: zur Verteidigung gegen einen Angriff und für den Fall, dass der VN-Sicherheitsrat ein Mandat erteilte. Aus den schlechten Erfahrungen mit dem Völkerbund nach dem ersten Weltkrieg hatte die internationale Politik zwar Lehren gezogen. Doch wie Strafgesetze nicht Straftaten abschaffen, war durch die Ächtung des Krieges als Mittel der internationalen Politik auch nicht der Krieg, die Gewalt in den internationalen Beziehungen, eliminiert.

Als der geopolitische und ideologische Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion an Schärfe zunahm, gerieten auch die beiden Teile Deutschlands in den Sog dieser fundamentalen Auseinandersetzung, und relativ schnell begannen in beiden Lagern die Vorbereitungen für eine Wiederbewaffnung Deutschlands, als ein Element im strategischen Interessenkalkül der beiden Großmächte. Die deutsche

Bevölkerung war allerdings wenige Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieg – die katastrophalen Folgen dieses Krieges noch vor Augen, das Leid noch präsent zunächst nicht bereit, eine deutsche Wiederbewaffnung zu akzeptieren. In der SBZ/DDR war dies ohne Bedeutung, da es keine echten Wahlen um die politische Macht gab. Doch in der Bundesrepublik mußten die (Wahl)Bürger gewonnen werden. Die politische Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung und um die Einbindung Westdeutschlands in die transatlantische Verteidigungsgemeinschaft der NATO war eine der heftigsten politischen Kontroversen in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt.

Das am 23. Mai 1949 in kraft getretene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland „ein Grundgesetz für ein Staatsfragment“ (Carlo Schmid), „ein ganz kleines Stück fester Boden für das deutsche Schicksal“ (Theodor Heuß), verpflichtet in seiner Präambel das deutsche Volk „dem Frieden in der Welt zu dienen“. Dieser positiven Verpflichtung wird im Artikel 26 ein umfassendes Verbot zur Seite gestellt. Schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges gilt als verfassungswidrig und ist unter Strafe zu stellen. Die eigentliche „Wehrverfassung“ wurde erst 1956 durch Ergänzungen des Grundgesetzes eingeführt. Unmißverständlich heißt es im Artikel 87 a: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“. Die Bundeswehr wurde also als ein „Instrument der Verteidigung“ konzipiert. „Ihr militärischer Auftrag ist die Abwehr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundesgebiet; sie ist für den Verteidigungsfall ... konzipiert.“ (Hesselberger, 2000, S. 297) Verteidigung war das politische und moralische Credo dieser Armee, Landesverteidigung war die Grundlage ihrer Ausbildung und ihrer Struktur und nicht zuletzt der Kern des Eides bzw. des Gelöbnisses. Die Soldaten schwören bzw. geloben auch heute noch „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Der Auftrag „Verteidigung“ für die deutschen Streitkräfte blieb auch im vereinigten Deutschland zunächst der parteiübergreifende Konsens. Und der Begriff der Verteidigung entsprach selbstverständlich dem normalen Sprachgebrauch, nämlich Reaktion auf einen gegenwärtigen Angriff.

Die große Leistung Konrad Adenauers war die Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn und die feste Verankerung der Bundesrepublik in das politische und Wertesystem freiheitlicher Demokratien. Für eine Politik des Ausgleichs mit den östlichen Nachbarn steht der Name Willy Brandt. Seine Ostpolitik, heftig bekämpft von der CDU/CSU-Opposition, diffamiert von Medien, mißtrauisch verfolgt und mißgünstig geduldet von den USA, war ein Vollzug des Friedensgebots im Grundgesetz. Wandel durch Annäherung, friedliche Koexistenz, militärische Zurückhaltung waren die Elemente dieser Politik. Sichtbares Zeichen der internationalen Anerkennung dieser Politik der Verantwortung aus der Geschichte Deutschlands heraus war die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Bundeskanzler Willy Brandt im Jahre 1971. In seiner bewegenden Dankesrede hob Brandt hervor, wie stolz er darauf sei, dass der Name Deutschlands wieder mit dem Begriff des Friedens verbunden werde. Die sozial-liberale Bundesregierung war in der Folgezeit auch unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher ein maßgeblicher Gestalter des KSZE -Prozesses (KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und ein Motor der Aktivitäten auf dem Gebiete der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Daran änderte sich im Prinzip zunächst auch nichts unter Bundeskanzler Helmut Kohl, wohl auch deshalb, weil Genscher als Außenminister eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik nicht zugelassen hätte. Kurz nachdem die Kohl/Genscher-Regierung 1982 ins Amt gekommen war, bestätigte sie durch einen Beschluss des Bundessicherheitsrats die bisherige Interpretation des Grundgesetzes zum Einsatz deutscher Streitkräfte: Ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr sei mit dem Grundgesetz nur vereinbar zur Landes- und Bündnisverteidigung. Im ersten Weißbuch dieser Regierung „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ wird deutsche Außenpolitik als Friedenspolitik definiert: „Das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot prägt die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen. Das Grundgesetz verbietet es, Angriffskriege vorzubereiten oder zu führen ... Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“ In seinem kurzen Vorwort verwendet der Bundeskanzler neun Mal den Begriff „Frieden“. Eine Wende in der Sicherheitspolitik gab es durch einen Regierungswechsel von Helmut Schmidt auf Helmut Kohl zunächst nicht.

Die militärische Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik galt auch noch für den ersten Irak-Krieg 1991. Deutsche Soldaten kämpften nicht im Nahen Osten. Allerdings wurden deutsche Flugzeuge und Luftabwehr-Raketen-Verbände in die Türkei verlegt, zum Schutze dieses NATO-Partners gegen einen Angriff aus dem Irak. Außerdem zahlte Deutschland mit 17 Milliarden DM einen extrem hohen Beitrag zu den amerikanischen Kriegskosten.

Eine politische Zäsur

Ab 1992 veränderte sich allmählich die prinzipielle Einstellung der Bundesregierung zur Beteiligung an Einsätzen der NATO außerhalb des NATO-Vertragsgebiets und des Verteidigungsauftrags (Out of Area Einsätze). Ein Grund mag darin liegen, dass für Hans-Dietrich Genscher als Außenminister Klaus Kinkel ins Kabinett nachrückte. So konnte sich Verteidigungsminister Volker Rühle auf dem Felde der Außenpolitik freier tummeln und die durch die Politik selbst gesetzten Begrenzungen für den Einsatz der Bundeswehr immer mehr aufweichen. Kambodscha, Somalia, Bosnien-Herzegowina waren zunächst die Stationen, auf denen man einem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Ausland näher kam. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 stellte klar, dass bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme verfassungskonform seien. Allerdings galten für derartige Einsätze nach wie vor die Regeln der Charta der Vereinten Nationen.

Das Jahr 2001 wird oft als eine Art Zeitenwende gesehen, als verspäteter Übergang ins neue Jahrtausend. Seit dem 11. September 2001 sei nichts mehr, wie es war; alles habe sich verändert, so etwa lautet die gängige Formel. Dies mag für manche Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens zutreffen, nicht jedoch für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Hier vollzog sich die entscheidende Zäsur drei Jahre früher, im Herbst 1998/Frühjahr 1999.

Wohl nie zuvor in der jüngeren politischen Geschichte Deutschlands haben im Parlament vertretene Parteien ohne äußeren Zwang ihre Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb kurzer Zeit so radikal verändert wie die SPD, die F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen im Jahre 1998. Diese geradezu revolutionären

Veränderungen lassen sich an den Positionen dieser Parteien in zwei, nur vier Monate auseinander liegenden Sitzungen des deutschen Bundestages aufzeigen.

Am 19. Juni 1998 diskutierte der Bundestag angesichts der Eskalation der Gewalt in Kosovo über eine mögliche militärische Intervention in den Bürgerkrieg zwischen jugoslawischer Staatsautorität und der sog. Befreiungsarmee des Kosovo (UCK). Es ging vor allem darum, ob für einen militärischen Einsatz ein Mandat des VN-Sicherheitsrats erforderlich sei. Außenminister Kinkel (F.D.P.) erklärte: „Die NATO prüft militärische Optionen mit unmittelbarer Auswirkung auf den Kosovo und die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien. Solche Maßnahmen bedürfen einer sicheren Rechtsgrundlage. Das kann auf Grund der Umstände nur ein Mandat des Sicherheitsrates sein.“ Die SPD-Fraktion war wohl zu dieser Zeit noch mehrheitlich dieser völkerrechtlich begründeten Auffassung, doch ihre Hauptredner hielten sich in dieser Hinsicht auffallend bedeckt. Die Redner der Grünen erweckten den Eindruck, als stünde ihre Partei fest zur Charta der Vereinten Nationen. Ihrem Abgeordneten Joseph Fischer ging es vor allem darum, von der Regierung zu erfahren, wie sie es denn mit der „Mandatisierung eines möglichen oder vielleicht sogar leider notwendigen Militäreinsatzes im Kosovo“ halte. Fischer mischte sich durch penetrante Zwischenrufe nach dem Mandat in die Rede von Verteidigungsminister Rühle ein. Der so attackierte stellte schließlich an Fischer gerichtet fest: „Wenn ich Sie so sprechen höre, habe ich manchmal Angst, daß Sie die sofortige Bombardierung Bagdads fordern, nur um im Rennen der Realpolitiker weiter vorn zu sein.“ Rühle, der anstatt Bagdad wohl Belgrad meinte, hatte den richtigen Eindruck. Der spätere Außenminister Fischer war schon zu dieser Zeit als Vorreiter seiner Partei auf Kriegskurs gegen Jugoslawien. Die anderen Redner seiner Partei bewegten sich allerdings noch in den Niederungen einer friedlichen Konfliktlösung und den Bedingungen des Völkerrechts für die Anwendung militärischer Gewalt.

Am 16.10.1998, also nur vier Monate später, hatte der Bundestag, noch in der selben Zusammensetzung wie im Juni, über eine Teilnahme der Bundeswehr an einem Luftkrieg gegen Jugoslawien zu entscheiden. Ein Mandat des VN -Sicherheitsrats lag nicht vor. Deutschland konnte auch nicht das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen, denn es war ja nicht angegriffen worden. Die militärische Intervention bezweckte angeblich, eine „humanitäre Katastrophe“ im Kosovo-Konflikt abzuwenden.

Für diesen völkerrechts- und verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr votierten nun 88% der Abgeordneten der SPD, 63% der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und 95% der Abgeordneten der F.D.P. Ein wichtiger und wohl auch kompetenter Mann äußerte sich aber – wie erst viel später bekannt wurde – gegen eine deutsche Beteiligung an diesem Krieg: der damalige Justizminister und Staatsrechtler Professor Edzart Schmidt-Jortzig. Er begründete seine Auffassung in der Kabinettsitzung vor allem damit, dass ein Sicherheitsratsbeschluss fehle. Doch diese Position des für eine rechtliche Beurteilung zuständigen Ministers wurde dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten. Schmidt-Jortzig nahm an der Abstimmung im Bundestag nicht teil, das Protokoll weist ihn als „entschuldig“ aus. Bemerkenswert sind auch in dieser Bundestagssitzung die Ausführungen des Abgeordneten und designierten Außenministers Joseph Fischer. Er sagte u. a. : „Das Problem ist doch nicht nur die humanitäre Katastrophe ... Das Problem ist, daß von der Politik Milosevic ... eine dauerhafte Kriegsgefahr in Europa ausgeht. Diese Kriegsgefahr können wir nicht akzeptieren. Das ist der entscheidende Punkt.“ Fischer

hatte also hier bereits den „Regime Change“ durch Krieg fest im Visier. Die Legitimierung der späteren Irak-Kriegs durch den amerikanischen Präsidenten klingt frappierend ähnlich. Im übrigen wurde in dieser Sitzung der Bundestag von der Kohl/Kinkel-Regierung über die tatsächliche Lage lückenhaft und teilweise falsch informiert. Doch die Führungsspitze von Rot/Grün, auf dem Sprung zur Übernahme der politischen Macht, bewegte sich zu dieser Zeit schon auf dem von den USA vorgezeichneten Kriegskurs und versuchte, durch politische Vernebelungsaktionen von der politischen und völkerrechtlichen Tragweite des Bundestagsbeschlusses abzulenken. Die Ausführungen von Joseph Fischer sind hierfür ein Musterbeispiel. „Für uns ist es wichtig ... daß es keine Selbstmandatierung der NATO in dieser Frage gibt ... Wir unterstützen nachdrücklich die Position, daß wir jetzt eine UN-Resolution mit einer eindeutigen, klaren Rechtsgrundlage brauchen.“ – Es gab keine derartige UN-Resolution, es handelte sich um eine Selbstmandatierung der NATO. Liest man heute noch einmal die Protokolle dieser Bundestagssitzung, dann ist es geradezu unglaublich, wie der Bundestag, die deutsche Volksvertretung, bei einer Entscheidung über den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach 1945 an der Nase herumgeführt wurde. Doch die meisten Parlamentarier gaben sich offenbar damit zufrieden, sie nahmen alles hin, ohne kritisch nachzufragen.

In der hierauf folgenden Zeit hielten sich nicht nur die überwältigenden parlamentarischen Mehrheiten, wenn es um den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr ging, sondern sie vergrößerten sich noch im neuen Bundestag. Konsequenz in der Opposition blieben nur die PDS und einige wenige Abgeordnete aus allen anderen Fraktionen. Wenn es darum ging, deutsche Soldaten zu bewaffneten Einsätzen ins Ausland zu schicken, konnte sich die Regierung bei ihren Anträgen einer mehr als 90-prozentigen Mehrheit sicher sein – Mehrheiten, die auf keinem anderen bedeutenden Politikfeld zustande kamen. Auf einem der wichtigsten Felder staatlicher Politik gab es zu dieser Zeit im Grunde keine wirksame parlamentarische Kontrolle der Regierung. Die Offiziere im Verteidigungsministerium waren selbst überrascht, wie problemlos ihre Vorlagen zum Kampfeinsatz der Bundeswehr das Parlament passieren konnten. Der deutsche Bundestag wurde in dieser Hinsicht seiner Verpflichtung, eine Volksvertretung zu sein und die Regierung zu kontrollieren, nicht gerecht.

Die für die Regierung komfortablen politischen Mehrheiten für Auslandseinsätze der Bundeswehr, ob mit oder ohne UNO -Mandat, wurden nur möglich durch den Übergang der Regierungsverantwortung auf eine rot-grüne Regierungskoalition. Dabei war offenbar die Veränderung einer fundamentalen außenpolitischen Position keine politische Grundsatzentscheidung aus politisch-moralischen Überlegungen. Vielmehr ging es um den Erhalt und die Stabilisierung der gerade durch Wahlen errungenen Macht. Es handelte sich um eine „Überlebensbedingung der rot-grünen Koalition“. (Die Zeit, 9. 1. 03). „Die Grünen hatten ihr Merkmal der Pazifismuspartei zu opfern.“ (FAZ, 18. 4. 2004) Dieses „Opfer“ fiel den meisten Grünen Funktionären offenbar überhaupt nicht schwer. Die Zustimmung zum ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach 1945 wurde von der Regierung und den sie tragenden Parteien zum innenpolitischen Machterhalt instrumentalisiert. Es kann schon wie ein historischer Treppenwitz erscheinen, dass gerade jene Parteien, aus denen sich vorher die meisten Aktivisten der Friedensbewegung rekrutierten, es nun übernahmen, eine Militarisierung der deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu forcieren.

In der Endphase des Bundestags-Wahlkampfes 2002 erlebten wir, wie Bundeskanzler Schröder und sein Außenminister Fischer sich strikt gegen eine deutsche militärische Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak aussprachen. Selbst für den Fall, dass ein Mandat des VN-Sicherheitsrats einen solchen Einsatz legitimieren würde, sollte dies gelten. War das wieder eine Wende? Haben sich Schröder und Fischer aus grundlegender Überzeugung auf pazifistische Traditionen ihrer Parteien besonnen? Die ganz überwiegende Zahl der Kommentatoren in den Medien interpretierten diesen Schwenk als wahltaktisches Manöver, als eine Operation zur Erhaltung der politischen Macht, die bei der anstehenden Bundestagswahl verloren zu gehen drohte. „Der Eifer, den die rot-grüne Regierungsspitze, der Kanzler und sein Vizekanzler, bei jedem Anlass zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr an den Tag legen“ (FAZ, 31. 12. 01, S. 1) stand ja auch ganz im Gegensatz zur punktuellen militärischen Zurückhaltung im Irak-Krieg. Auch dieses Mal wurde die Bundeswehr für innenpolitische Ziele der Regierung instrumentalisiert, indem sie publizitätsträchtig vor einem Kampfeinsatz im Irak bewahrt wurde.

Humanitäre Katastrophen – militärischer Humanismus

Im Herbst 1998 war in letzter Minute ein Krieg gegen Jugoslawien abgewendet worden. Ein Abkommen zwischen der jugoslawischen Regierung und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sah die Stationierung von bis zu 2000 internationalen Beobachtern vor, die einen von der jugoslawischen Seite erklärten Waffenstillstand überwachen sollten. Für einige Wochen blieb die Lage in der Krisenregion auch ziemlich ruhig. General Klaus Naumann, zu dieser Zeit Vorsitzender des NATO-Militärausschusses beschreibt die Lage so:

„Die UCK spielte im Grunde eine Rolle, die uns den Erfolg des Herbstes 1998 kaputt gemacht hat. Sie stieß in das Vakuum, das der Abzug der Serben hinterlassen hatte und breitete sich in einer Weise aus, die vermutlich niemand in irgendeinem unserer Staaten akzeptiert hätte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Deutschland akzeptiert würde, wenn da irgendjemand, der meint, sich gegen den Staat auflehnen zu können, Straßensperren errichtet, ... anfängt Uniform zu tragen, Waffen herumzuschwenken. Wir würden das auch nicht tolerieren.“ (ZDF-Sendung, 21. 9. 1999) Das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr kommt zu einer ähnlichen Beurteilung:

„Die UCK sickerte in die von Streit- und Sicherheitskräften geräumten Räume ein. Sie maßte sich dort quasi-hoheitliche Befugnisse an und setzte ihre Aktivitäten des hit-and-run vor allem gegen die Sicherheitskräfte fort. Die UCK setzte auf die Macht des Faktischen. Sie reorganisierte sich militärisch und übte in den frei gewordenen Räumen administrativpolitische Kontrolle aus... Belgrad hielt sich zunächst weitgehend an die getroffenen Vereinbarungen.“

Doch bereits im Laufe des Dezember 1998 eskalierten Gewalt und Gegengewalt. Im NATO-Hauptquartier in Brüssel sprachen die USA bereits von einem Scheitern der OSZE, obwohl erst ein Viertel der internationalen Beobachter im Einsatz waren und die Beobachter mindestens ein Jahr vor Ort bleiben sollten. Mitte Januar 1999 kam es zu einer bis heute nicht aufgeklärten Gewalttat, bei der 45 Kosovo-Albaner getötet wurden. Dieses sogenannte Massaker von Racak war die Wende zum Krieg. Der Leiter der OSZE-Mission in Kosovo, der Amerikaner William Walker beschuldigte

sofort, ohne eine Untersuchung abzuwarten, die jugoslawischen Sicherheitskräfte, diese Bluttat begangen zu haben. Er sorgte für Medienpräsenz am Tatort. Das Kommando im internationalen Krisenmanagement übernahm nun die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright. Ihr Pressesprecher stellte später heraus, dass der Krieg gegen Jugoslawien oft als „Madeleine's War“ bezeichnet wurde (James Rubin, Financial Times, 30. 9./1. 10. 2000). Die Repräsentanten internationaler Organisationen, Kofi Annan für die VN, Javier Solana für die NATO, stellten sich in die Dienste der amerikanischen Eskalationspolitik. Die deutsche Regierung, die am 1. 1. 1999 die EU-Präsidentschaft übernommen hatte, praktizierte während dieser Zeit wirklich eine Politik uneingeschränkter Solidarität mit den USA. Eine geradezu bedingungslose Gefolgschaft schien die Handlungsmaxime der rot-grünen Bundesregierung zu sein.

Eine Konferenz in Rambouillet, die als letzte Chance für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts galt, lief nach dem Muster derartiger Konferenzen ab. Die Bedingungen an die serbische Seite wurden so gestellt, dass man sicher sein konnte, dass sie nicht angenommen würden. Die Konferenz war auf der Straße zum Krieg lediglich ein Umweg, der die Kriegsschuld des Gegners demonstrieren sollte.

Es kam, wie es kommen sollte. Am Abend des 24. März 1999 flogen die ersten NATO-Flugzeuge und Marschflugkörper gegen Jugoslawien. Bundeskanzler Schröder gab im Fernsehen eine Erklärung ab:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger“!

Heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg... Wir führen keinen Krieg. Aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen...“

Die NATO führte nach den Worten des Bundeskanzlers also keinen Krieg. Der „neue militärische Humanismus“ (The New Military Humanism, Noam Chomsky 1999) schickte seine Soldaten in eine humanitäre Intervention. Die Lageschilderungen deutscher Politiker und des größten Teils der Presse verliefen auf dieser Ebene der Begründung. Vor dem 24. März 1999 verübten angeblich die jugoslawischen Truppen an den Kosovo-Albanern großflächige ethnische Vertreibungen oder gar einen Völkermord. Insbesondere die Minister Fischer und Scharping rückten das Geschehen in der jugoslawischen Provinz nahe an den Holocaust, den Völkermord an Millionen von Juden. In der Sondersitzung des Bundestags am 26. März 1999, der Krieg war zwei Tage alt, verdreifachte Verteidigungsminister Scharping die Zahl der im Kosovo stationierten jugoslawischen Soldaten und fragte noch ganz unschuldig nach dem „warum?“ dieser hohen Zahl. Dr. Lothar Lippelt (Die Grünen), sprach von „ethnischem Mord“, von „innerstaatlichem Völkermord“. Dr. Peter Struck (SPD) jonglierte mit dem Begriff „Völkermord“. Gernot Erler (SPD) hatte einen besonderen Einfall. Er behauptete, die Serben hätten den Krieg schon parallel zu den Verhandlungen von Rambouillet (Anfang/Mitte Februar 1999) begonnen und stilisiert so den NATO-Angriffskrieg als einen Akt der Verteidigung. Die Art und Weise der Begründung dieses Krieges läßt sich wohl am besten am Beitrag von Dr. Wolfgang Gerhard (F.D.P.) demonstrieren. Er stellt fest: „Ich habe hier eine Meldung

vor mir. Ob sie zutrifft, kann ich noch nicht einmal sagen. Aber wir spüren alle, daß sie zutreffen könnte.“ Der Hamburger Friedensforscher Professor Dieter Lutz fand für eine derartige Argumentation die treffende Überschrift: Krieg nach Gefühl.

Dabei waren doch die Voraussetzungen für ein wirklichkeitsnahes Lagebild in der Endphase des Kosovo-Konflikts ausgesprochen gut. Die OSZE hatte ein flächendeckendes Netz von ca. 1400 internationalen Beobachtern in Kosovo eingerichtet. Die NATO führte – unterstützt durch die jugoslawische Luftwaffe – kontinuierlich Luftaufklärung durch. In Belgrad akkreditierte Diplomaten und Militärattachés reisten durch die Provinz. Die Vereinten Nationen, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und viele Journalisten waren in der Krisenprovinz präsent. Das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr hatte täglich bis zu 2000 Meldungen über das Krisengebiet zu bearbeiten. Eigentlich waren alle Möglichkeiten für ein realistisches Lagebild vorhanden. Dies galt insbesondere für die Bundesregierung.

Internationale Diplomaten und Nachrichtenexperten der Bundeswehr zeichneten auch ein differenziertes Bild über die Lage in Kosovo. Dies sind einige Beiträge kurz vor Beginn der NATO-Luftangriffe:

- Die OSZE, die in den Morgenstunden des 20. März 1999 Kosovo verließ, hatte in ihren letzten Tagesberichten vom 17. und 18. März 1999 die Lage jeweils wie folgt zusammengefasst: „Die Lage in der gesamten Region bleibt angespannt aber ruhig.“
- Ein Mitarbeiter aus dem Stab OSZE-Mission im Kosovo schildert in einem persönlichen Brief, der auch veröffentlicht wurde, wie dort die Lage wenige Tage vor Kriegsbeginn beurteilt wurde. Es sei die Rede gewesen von einem „low level intensity conflict“, allerdings mit dem „Potential schneller Eskalation“. Die humanitäre Situation sei „schwierig aber unter Kontrolle.“ Es gebe „keine sog. humanitäre Katastrophe und diese sei bei Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen nach dem baldigen Ende des Winters auch nicht zu erwarten.“
- Die amerikanische Diplomatin Norma Brown, Mitglied der OSZEMission in Kosovo, erklärt in einem Fernsehinterview: „Bis zum Beginn der NATO-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Aber das spielte sich so ab: Die Leute verließen ihre Dörfer, wenn die Serben eine Aktion gegen die UCK durchführten – und kamen danach wieder zurück. Tatsache ist: Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die Nato bombardiert. Das wurde diskutiert: In der Nato, in der OSZE, bei uns vor Ort und in der Bevölkerung.“
- Das Auswärtige Amt stellt in einer Lageanalyse am 19. März 1999 fest: „Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormals von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. ... UNHCR [Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen] schätzt, dass bisher lediglich etwa 2.000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu

beobachten.“

- Das Militärische Nachrichtenwesen stellt in einem Tagesbericht am 22. März u. a. fest: „Tendenzen ethnischer Säuberung sind weiterhin nicht zu erkennen.“
- Am 24. März beurteilt der Führungsstab der Streitkräfte die Lage wie folgt: „Das Anlaufen einer koordinierten Großoffensive der serbisch-jugoslawischen Kräfte gegen die UCK kann bislang nicht bestätigt werden. Zu einer großangelegten Operation gegen die UCK im gesamten Kosovo sind die serbisch-jugoslawischen Kräfte derzeit noch nicht fähig.“ Für die nächsten Tage prognostizieren die Nachrichtenexperten: „In den kommenden Tagen ist mit weiteren örtlich und zeitlich begrenzten Operationen der serbisch-jugoslawischen Kräfte gegen die UCK zu rechnen. Die UCK ihrerseits wird wahrscheinlich weiter versuchen, durch die bekannten Hit-And-Run Aktionen die serbisch-jugoslawischen Kräfte zu massiven Reaktionen zu provozieren in der Hoffnung, daß diese in ihren Ergebnissen hinsichtlich Zerstörung und Flüchtlingen ein Ausmaß annehmen, das sofortige Luftschläge der NATO heraufbeschwört.“
- Bis wenige Tage vor Kriegsbeginn stellten deutsche Verwaltungsgerichte in Asylverfahren fest: „Albanische Volksgruppenzugehörige aus dem Kosovo waren und sind in der Bundesrepublik Jugoslawien keiner regionalen oder landesweiten Gruppenverfolgung ausgesetzt.“ Die Richter stützten sich bei ihrem Urteil auf die gutachterlichen Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes!

Wird hier eine „humanitäre Katastrophe“, ein Völkermord beschrieben? Gewiss, die Flüchtlingszahlen waren aufgrund der heftiger werdenden Kämpfe wieder angestiegen. Doch noch waren ja alle Hilfsorganisationen vor Ort, die relativ wenigen Flüchtlinge im Freien wurden versorgt. In keinem der OSZE-Berichte oder der Berichte des Militärischen Nachrichtenwesens, die ich gelesen habe, finden sich unmittelbar vor dem 24. März 1999 Hinweise auf systematische, großangelegte Vertreibungen der Kosovo-albanischen Zivilbevölkerung. Es tobte ein grausamer, brutaler Bürgerkrieg. Die gesamte Zivilbevölkerung in Kosovo war vor allem der Leidtragende.

Aber wie kamen die Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages zu ihrer diametral entgegengesetzten Einschätzung der Lage in Kosovo? Der Bundestag wurde doch wöchentlich durch einen schriftlichen Bericht des Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes unterrichtet. Die Tagesberichte des Militärischen Nachrichtenwesens waren verfügbar. Der Bundesnachrichtendienst lieferte der Bundesregierung seine Bewertung. Haben die Mitglieder der Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages diese Berichte überhaupt zur Kenntnis genommen? Oder haben sie in Kenntnis dieser Berichte die Unwahrheit gesagt? Diese Fragen müssen hier offen bleiben. Doch die politische und moralische Dimension der Faktenresistenz von verantwortlichen Politikern wird auch an Bundeskanzler Schröder deutlich. Am 23. März 1999, also einen Tag vor Kriegsbeginn, nannte er „Spekulationen abwegig, Luftangriffe der Nato könnten Serbien zu einem schärferen Vorgehen gegen die Kosovo-Albaner veranlassen. Schon jetzt sei die Brutalität der serbischen Militärs kaum zu überbieten.“ (FAZ, 23. 3. 1999). Als Schröder dies sagte, gab es in den

Nachbarregionen etwa 70.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo, nach zehn Wochen NATO-Luftkrieg waren es knapp eine Million!

Einen besonderen Coup landete der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Er mag erkannt haben, dass die humanitäre Lage vor dem 24. März für eine Kriegsbeurteilung nicht ausreichte. In der Öffentlichkeit kamen auch mit zunehmender Dauer des Krieges erste Zweifel und Kritik an der Bundesregierung und der NATO auf. In dieser Situation bekam Scharping ein Dossier des österreichischen Heeresnachrichten-Dienstes in die Hände. Aus diesem Pamphlet, das NATO-Experten in Brüssel als nicht seriös abqualifizierten, machten Scharpings Helfer einen „Operationsplan ‚Hufeisen‘ (Potkova) der serbisch-jugoslawischen Führung zur Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo.“ Vier Skizzen zur Lageentwicklung und den eingesetzten jugoslawischen Kräften konnten bei einem unerfahrenen Publikum den Eindruck erwecken, als handle es sich wirklich um einen Operationsplan. Tatsache ist, dass diese Bilder im Bonner Verteidigungsministerium gezeichnet wurden, und auch der veröffentlichte Text dieses angeblichen Plans wurde dort verfaßt. Doch der Minister und seine Komplizen bis hinauf zur höchsten Generalität hatten Erfolg. Es schien nun klar zu sein, dass der NATO-Luftkrieg ein legitimer Präventivkrieg war, der einer jugoslawischen „Operation Hufeisen“ zuvorgekommen war. Fürwahr, dieser „Hufeisenplan“ ist ein Paradebeispiel für eine gelungene Operation im Informationskrieg zur Täuschung der Öffentlichkeit. Am Rande ist anzumerken, dass wohl einige wenige aufrechte Stabsoffiziere ihre Mitarbeit bei diesem Komplott verweigerten.

Bilanz einer „humanitären Intervention“

Die wirklichen großen humanitären Katastrophen traten erst ein, als der Krieg begonnen hatte. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo wuchs rapide an. Zum Ende des Krieges war sie etwa zwölf Mal so groß wie zu Beginn des Krieges. Nach dem Krieg mussten etwa 250.000 Serben, Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo fliehen. Von diesen Flüchtlingen sind bisher nur ganz wenige zurückgekehrt. Die „humanitäre Intervention“ der NATO wollte eine fiktive „humanitäre Katastrophe“ abwenden. Tatsächlich hat sie zwei reale „humanitäre Katastrophen“ ermöglicht: Die massenhafte Vertreibung und Ermordung von Kosovo-Albanern während des Krieges und die Vertreibung und Ermordung von Serben, Roma und anderer ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo nach dem Krieg. Doch diese zweite humanitäre Katastrophe erregte die deutsche Politik kaum.

Auch andere Posten in der Bilanz dieser „humanitären Intervention“ sind eindrucksvoll. Der SPD-Abgeordnete Gernot Erler listet als materielle Schäden in Jugoslawien folgende Zerstörungen oder schwere Beschädigungen durch die NATO-Luftangriffe: 200 Fabriken, 190 Schulen, 50 Spitäler, 50 Brücken, 5 Zivilflughäfen, ungezählte Wohnhäuser und Agrarbetriebe. Über die Zahl der Toten gibt es ganz unterschiedliche Schätzungen. Doch eines ist sicher, es waren viel mehr Frauen und Kinder als Soldaten. Durch zwei „irrtümliche“ Luftangriffe von NATO-Flugzeugen auf albanische Flüchtlingstrecks kamen mehr albanische Zivilisten ums Leben als in dem halben Jahr vor dem Krieg.

Haben die Luftangriffe Milosevic aus der Macht gebombt? Mitnichten. Milosevic war vor dem Krieg politisch am Ende. Er hatte noch etwa 20 bis 25 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung, der Krieg trieb diese Zustimmung wieder auf eine Höhe von 80 Prozent. Die jugoslawische Opposition wurde an den Rand gedrängt. „Ohne Kosovo-Krieg wäre der Diktator lange vor dem 5. Oktober 2000 gestürzt worden.“ (FAZ, 10. 1. 2001)

Hat der Krieg die politischen Probleme im Kosovo gelöst? Der ermordete serbische Ministerpräsident Djindjic meinte: „Vor dem Krieg war eine normale multiethnische,

multikulturelle Gesellschaft im Kosovo wenigstens vorstellbar, heute kann man nicht einmal mehr darauf hoffen“.

Auch über das Kosovo hinaus hat diese „humanitäre Intervention“ gewirkt. Dass Mazedonien an den Rand eines Bürgerkriegs geriet, war eine Folge des Krieges. Wie der mazedonische Regierungschef sarkastisch feststellte, war dies ein Kollateralschaden des Krieges gegen Jugoslawien.

Einer der prominentesten Kritiker des Krieges gegen Jugoslawien war Henry Kissinger. Für ihn war dieser Krieg eine „Wasserscheide“ . „Dieser abrupte Abschied vom Konzept der nationalen Souveränität, verbunden mit einer streitsüchtigen Diplomatie, markierte einen neuen außenpolitischen Stil. Dieser ist gekennzeichnet von innenpolitischen Kalkulationen und der Beschwörung universeller moralischer Slogans...Sollte sich die Theorie der universellen Intervention verbreiten und sollten konkurrierende Wahrheiten erneut in einen offenen Wettstreit treten, droht uns eine Welt in der die Tugend Amok läuft.“ (Welt am Sonntag, 15. 8. 1999)

Fünf Jahre nach dem Ende des Krieges und dem Beginn des internationalen Protektorats für Kosovo zeichnet der deutsche Balkan-Experte Wolf Oschlies ein desaströses Bild von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage vor Ort (Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2004). Der Kosovo-Krieg sei ein vollkommener Fehlschlag gewesen , „auch wenn dies durch eine zynische, keine Täuschung scheuende Kriegspropaganda vertauscht werden sollte... Vom Kriegsende bis zur Gegenwart ging es vom Schlechten zum Schlimmen“. Es herrsche „rechtliches Chaos“, das Kosovo verfallende zum „schwarzen Loch für Menschenrechte“, das Kosovo sei zur „Kultur- und Wirtschaftsruine verfallen“, „Gewaltverbrechen ... haben sich auf Höchstniveau stabilisiert.“

Angesichts der Ergebnisse des als „humanitäre Intervention“ getarnten Krieges gegen Jugoslawien findet man bestätigt, was der Papst zum Weltfriedenstag am 1. Januar 2000 sagte: „Das 20. Jahrhundert hinterlässt uns als Erbschaft vor allem eine Mahnung: Kriege sind häufig Ursache weiterer Kriege, weil sie tiefe Hassgefühle nähren, Unrechtssituationen schaffen sowie die Würde und Rechte der Menschen mit Füßen treten. Sie lösen im allgemeinen die Probleme nicht, um deretwillen sie geführt werden. Daher stellen sie sich, außer dass sie schreckliche Schäden anrichten, auch noch als nutzlos heraus.“

Eine neue NATO – eine neue Bundeswehr

Für die konzeptionelle Neuausrichtung der NATO und der Bundeswehr wirkten der Kosovo-Konflikt und der Krieg gegen Jugoslawien wie ein politischer Katalysator. Das neue Strategiekonzept der Nordatlantischen Allianz wurde zeitlich parallel zur Eskalation des Kosovo-Konflikts im Frühjahr 1999 erarbeitet. Die Konsultationen in den Bündnisgremien traten in ihre entscheidende Phase während der Vorbereitungen zum Krieg und in den ersten Kriegswochen. Bei den Verhandlungen in den NATO-Gremien wurde zunächst kein Konsens erreicht, ob das Bündnis für Einsätze außerhalb der Bündnisverteidigung ein VN-Mandat benötige. Die USA wollten solche Einsätze nicht an ein VN-Mandat binden. Frankreich vertrat entschieden die gegenteilige Auffassung. Nachdem allerdings die NATO einen Krieg gegen Jugoslawien ohne ein VN-Mandat geführt hatte, konnten sich die USA auf diesen Präzedenzfall berufen.

Verabschiedet wurde „Das Strategische Konzept des Bündnisses“ anlässlich des NATO-Gipfels am 23. und 24. April 1999 in Washington. In dem Dokument werden „Auftrag und Selbstverständnis der Allianz bis weit ins nächste Jahrhundert festgelegt.“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping) Die NATO hat sich endgültig von einer Verteidigungsstrategie verabschiedet und auf eine Interventionsstrategie

verpflichtet. Wenn die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses noch erklärten „Die kollektive Verteidigung bleibt die Kernaufgabe der NATO“, dann war dies eine Täuschung der Öffentlichkeit. Beim NATO-Gipfel im November 2002 in Prag hat sich die NATO nicht nur nach Osten und Südosten um sieben Mitglieder erweitert. Sie machte zum Kern ihres Aufgabenspektrums den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Damit wurde der „traditionelle Aktionsradius erweitert“ und „die seit geraumer Zeit geführte outof-area-Debatte endgültig zu den Akten gelegt (Y., Magazin der Bundeswehr, S. 22).

Eine NATO-Eingreiftruppe von etwa 20.000 Mann ist ein Instrument dieser Strategie: „Der Fortbestand der NATO hängt von der Transformation zu einem dynamischen Organ zur Bekämpfung mehrdimensionaler Bedrohungen ab – Bedrohungen, deren Zerstörungskraft die Neutralisierung weit vor den Grenzen der NATO-Staaten erfordert. Die Rapid Reaction Force stellt eine Fähigkeit zu einer solchen Neutralisierung her. Sie demonstriert auch den Wandel der Einstellung der NATO hin zu einer dynamischen, mobilen Denkweise.“ (Sidney E. Dean, Europäische Sicherheit, 1/2003, S. 25 – 26).

Was hier als „Wandel der Einstellung“ blumig umschrieben wird, ist nichts anderes als die Übernahme der Bush-Doktrin einer „präventiven Verteidigung“, d. h. eine völlige Neuausrichtung des Einsatzspektrums der NATO. Das Bündnis für eine kollektive Verteidigung mutierte zu einer Art Dienstleistungsbetrieb für die Unterstützung einer globalen militärischen Interventionsstrategie der USA. Eine veränderte Strategie der NATO mußte zwangsläufig Konsequenzen für die Veränderung im sicherheitspolitischen Konzept der Bundesregierung haben. Verteidigungsminister Scharping versuchte sich dieser Logik zu entziehen, sein Generalinspekteur legte eine unglaublich leichtfertige Bundeswehrplanung ohne Finanzplanung vor. Hierzu Professor Harald Müller:

„Der Generalinspekteur (Kujat) riet seinem Minister (Scharping) zu einem Reformkonzept, das nur durch einen deutlich höheren Haushalt finanzierbar gewesen wäre. Nachdem er so die Reform an die Wand zu fahren geholfen hatte, verabschiedete er sich auf den bestbezahlten Soldatenjob in Brüssel – eine seltsame Auslegung des Leistungsprinzips.“

Scharpings Nachfolger Dr. Peter Struck schuf mit den neuen

Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) zumindest konzeptionelle Klarheit. „Die Kernaussage der VPR lautet, dass eine Gefährdung deutschen Staatsgebietes durch konventionelle Streitkräfte derzeit und auf absehbare Zeit nicht zu erkennen ist.“

(Erläuterungen zu den VPR, S. 8). In den VPR wird behauptet, Verteidigung lasse sich „geographisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“ (VPR, Ziff. 5) Es ist auch nur konsequent, wenn festgestellt wird: „Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes.“ (VPR., Ziff. 57).

Karl Feldmeyer hatte schon ein Jahr nach dem Krieg gegen Jugoslawien den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee wie folgt kommentiert: „Aus einer Verteidigungsarmee ... soll in den nächsten Jahren ein neues Werkzeug für neue Zwecke entstehen...

Verteidigung ist für diese Armee, ebenso wie für die NATO kaum mehr als eine Erinnerung an die eigene Entstehungsgeschichte. Der eigentliche Ernstfall, für den sie geschaffen wird, ist die militärische Intervention, wenn möglich unter friedlichen Rahmenbedingungen, wenn nötig unter kriegerischen. Beides soll unter einem

Mandat der UN geschehen – aber wenn es nicht vorliegt, dann notfalls auch ohne ... Sich diese Veränderung einzugestehen, ohne sarkastisch zu werden, ist nicht leicht für Deutsche, die die Erfahrungen der eigenen Vergangenheit mit sich herumtragen; aber es ist erforderlich, um sich bewußtzumachen, was geschieht ... (FAZ, 19. 10. 2000).

Man sollte nicht zu leicht über die „Erfahrungen der eigenen Vergangenheit“ hinweggehen. Es ist keine politische und gesellschaftliche quantitee negligeeable, wenn die Verfassungsgrundlage für die deutschen Streitkräfte definitiv manipuliert wird, wenn mit dem Einsatz der Bundeswehr vage deutsche Interessen gewahrt werden sollen und wenn allein der „politische Zweck“ die Einsätze bestimmen soll. Aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung heraus sollten Recht und Gesetz Grundlage und Rahmen für den Einsatz deutscher Streitkräfte sein. Recht und Freiheit des deutschen Volkes geloben bzw schwören die Soldaten zu verteidigen! Wie rasch der politische Zweck auch zu einer Gefahr für die Soldaten werden kann, zeigt die Diskussion um den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Der Großeinsatz der Bundeswehr in diesem durch Kriege zerstörten Land erfolgte als Kompensation für die Nichtteilnahme am Irak-Krieg. Dies war ein politischer Zweck. Doch der Einsatz in der Region Kundus bringt offenbar Soldaten und Politiker in Gewissenskonflikte. Kann der politische Zweck, das Interesse der Bundesregierung dafür erhalten, deutsche Soldaten faktisch dafür einzusetzen, eine Region so zu befrieden, daß die Drogenbosse ungestört ihren schmutzigen Geschäften nachgehen können? Es ist nur allzu berechtigt und hoch an der Zeit, wenn die F.D.P. die Bundesregierung und den Bundestag auffordert, ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten wahrzunehmen. (FAZ, 19. 6. 04)

Massenmedien als Wegbereiter und Weichensteller für Kriege

In repräsentativen Demokratien „ ist der breite politische Diskurs nur über die Medien möglich.“ (Harald Müller) Dies ist eigentlich eine Binsenweisheit. Doch eine spezifische Rolle haben Medien dann, wenn es um Angelegenheiten geht, die der Alltagserfahrung des Bürgers fremd sind. Dies gilt in besonderem Maße für Angelegenheiten der Außenpolitik. Problematisch kann die Vermittlerrolle vor allem in Krisen und Kriegszeiten werden. Medien können dann – dies zeigt die Erfahrung – zur Information, aber auch zur Desinformation und Propaganda dienen.

Im Medienzeitalter ist der Medienkrieg ein integraler Bestandteil der Gesamtkriegsführung. Medien transportieren Inhalte , sie werden schon dadurch in gewissem Maße zu einem Sprachrohr von Regierungen. Doch Medien können auch vorgegebene Inhalte verändern und eigene Inhalte schaffen. Sie können sich für den Krieg vereinnahmen lassen, sich aber auch als „vierte Gewalt“ positionieren, Regierungen kritisieren, sich zum Anwalt einer wahrheitsgerechten und fairen Berichterstattung machen. Die Erfahrung zeigt, dass der Großteil der Medien gerade dann, wenn ihre Rolle als vierte Gewalt besonderes wichtig wäre, diese Rolle nicht ausfüllen. Sie werden zu Wegbereitern für Kriege, indem sie schon im Frieden eine Mentalität erzeugen, die Krieg als ein normales Mittel der Politik empfindet und proklamiert. Sie werden zu Weichenstellern für einen Krieg, wenn sie bei der Eskalation von Konflikten Ereignisse so stilisieren, dass es keine Alternative zu einer gewaltsamen Lösung eines Konflikts zu geben scheint. Während des Krieges werden Medien nicht selten geradezu zu einer Teilstreitkraft im Rahmen der Gesamtkriegsführung. Ziele der Medienkriegsführung sind vor allem die eigene Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit. Im folgenden soll nun die kriegstreibende und –legitimierende Funktion von Medien exemplarisch dargestellt werden.

Die Rolle der US-Medien für den Irak-Krieg 1991 ist inzwischen wissenschaftlich und journalistisch aufgearbeitet. John R. Mac Arthur hat in seinem Buch „Die Schlacht der

Lügen“ dargestellt, wie die USA den Golfkrieg „verkauften“. Deutschland nahm an diesem Krieg nicht direkt mit eigenen Truppen teil. Doch in nahezu der gesamten deutschen Presse kam es zu einer Kritik an der Bundesregierung wegen ihrer militärischen Zurückhaltung. In den Printmedien, allen voran die FAZ, warf man der Bundesregierung zauderhaftes Verhalten, politische Verantwortungslosigkeit, Lethargie und Abtauchen vor. Ein Großteil der intellektuellen und journalistischen Elite übernahm die Meinung, das größere Deutschland müsse künftig auch mehr Verantwortung tragen. Verantwortung wurde dabei mit Kriegsbeteiligung gleichgesetzt. Doch die deutsche Bevölkerung war eher gegen ein Engagement deutscher Truppen im Nahen Osten und ließ sich durch die Pressekampagne nicht umstimmen.

Auch in anderer Hinsicht beteiligten sich deutsche Printmedien an der von den USA dominierten Kriegspropaganda. Saddam Hussein galt als die Personifizierung des Bösen. Der irakische Präsident, wenige Jahre vorher noch geschätzter „Geschäftspartner“ der USA, wurde sozusagen „hitlerisiert“. Die amerikanischen und deutschen Leitmedien bewegten sich dabei im politischen Gleichschritt. Den beiden linken Publizisten Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger kommt das zweifelhafte Verdienst zu, die Hitlerisierung Saddams in deutschen intellektuellen Kreisen salonfähig gemacht zu haben. Biermanns rhetorische Frage „Soll man einen Hitler machen lassen um des Friedens willen?“ und Enzensbergers Charakterisierung Saddams als „Wiedergänger Hitlers“ wiesen in die gleiche Richtung: Dem Ungeheuer muß durch Krieg ein Ende bereitet werden.

Der Vergleich Saddam Husseins mit Hitler war ja keine historische Analyse, sondern es handelte sich um grobes Instrument der Propaganda. Damit waren gleichsam automatische Denk- und Handlungsabläufe auszulösen. Ein Krieg gegen den Irak bedurfte keiner weiteren Argumente, er war nicht nur gerechtfertigt sondern geboten und zwar rasch, ohne weiteres Zögern, es gab keine Alternative.

Für den Irak-Krieg 2003 spielten die US-Medien erneut eine wichtige, kriegstreibende und den Krieg legitimierende Rolle. Journalisten waren „eingebettet“ („embedded“) in den Krieg und in die Propagandamaschine der Bush-Regierung. Erst als klar wurde, dass der Krieg nicht nach wenigen Wochen beendet sein würde, kam es zu einer kritischeren Bewertung der Politik der US-Regierung. Als schließlich der Herausgeber der „New York Times“ persönlich feststellte, „daß Berichte über die Vorbereitung des Irak-Krieges sich rückblickend als schlecht oder gar nicht recherchiert darstellten“ (FAZ, 27. 5. 2004), war das nur eine Bestätigung dessen, was kritische Beobachter des Medienspektakels für den Krieg schon lange vorher festgestellt hatten.

Bemerkenswert ist auch hier wieder das Verhalten der deutschen Leitpresse. Sie zimmerte kräftig am Lügengebäude über die Massenvernichtungswaffen des Irak mit. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, warnte vor der Gefahr, dass „Massenvernichtungsmittel in unmittelbarer Nähe zum euro-atlantischen Sicherheitsraum aufgestellt“ werden könnten und Europa „in Reichweite von Raketen aus dem Mittleren Osten“ kommen könnte (FAZ, 10. 1. 2003). Noch bedrohlicher wird es, wenn berichtet wird, im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags sei mitgeteilt worden, „der Irak verfüge über das Potential von Raketen, die bis Wien und München reichen könnten“ (FAZ, 31. 1. 2003).

Auch für die Stilisierung Saddam Husseins zur Inkarnation des Bösen ließ man sich in deutschen Redaktionsstuben etwas einfallen. Man konnte je auf die Vorarbeit von 1990/1991 aufbauen. Doch inzwischen war ja ein neuer Belzebub, der jugoslawische Präsident Milosevic, hinzugekommen, von den deutschen Medien oft als „Schlächter“ bezeichnet. Nun meint jedoch B. Kohler, Saddam Hussein lasse den Serben wie

„einen blutigen Amateur“ aussehen (FAZ, 30. 8. 2002). „Saddam Hussein ist ein moderner totalitärer Herrscher. Verglichen mit ihm, ist Milosevic ein verhältnismäßig netter Kerl“, heißt es (FAZ 17. 9. 2002). Und Josef Joffe meint, Milosevic wirke „im Vergleich zu Saddam nur wie ein Schmierenschurke“. Saddam ist für ihn ein „totaler Massenmörder“ und „zweifacher Angriffskrieger“ (Die Zeit, 23. 1. 2003).

Das funktionale Äquivalent zur Entmenschlichung des irakischen Präsidenten ist eine Glorifizierung des amerikanischen Präsidenten und von Mitgliedern seiner Regierung. In der Süddeutschen Zeitung findet man eine Hommage für Condoleezza Rice, Bushs Sicherheitsberaterin. „Immer war sie die Erste, die Beste, die Schnellste und die Klügste bei allem, was sie anpackte...“ Wie „mit einem Zauberstab“ steuere sie die Debatte. „Condi“ – so nennt sie der Verfasser Wolfgang Koydl liebevoll – sei eine „Kriegerprinzessin“ (SZ, 11./12. 1. 2003).

Der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld ist für Thomas Kleine-Brockhoff ein „Visionär des Krieges“. Er wolle die Militärstrategie revolutionieren. Der Irak-Feldzug soll sein Meisterstück werden.... Viele Amerikaner finden Rumsfelds Schlagfertigkeit und seine funkelnde Intelligenz erfrischend. Seit dem Afghanistan-Krieg gilt er als eine Art Sex-

Symbol. (Die Zeit, 27. 3. 2003)“ Vom Washingtoner Korrespondenten der FAZ, Matthias Rüb, erfahren wir unter der Überschrift „Der fromme Mann im weißen Haus“ „Was George Bush antreibt.“ Bush studiere die Bibel jeden Tag, er bete regelmäßig und richte sein Handeln nach der Frage aus „Was würde Jesus tun?“ Der Präsident sei ein „Ausbund an Bescheidenheit und Volksverbundenheit“, es gebe zwar eine „arrogante Faser[!] im Wesen Bushs“ doch er sei „ein Mensch der Liebe.“ Seine „Portion missionarischen Eifers“ werde durch „staatsmännische Besonnenheit abgefedert“, im „geduldigen Warten“ sei die „Entscheidung des politischen Naturtalents zum Ausdruck“ gekommen. Zwar wisse Bush, dass er kein Intellektueller ist, sich aber auf „seinen politischen Instinkt, seine Klugheit und seinen Mutterwitz“ verlassen könne. (FAZ, 29. 1. 2003) Hinter dieser messianischen Verklärung des amerikanischen Präsidenten in der FAZ möchte natürlich auch „Die Zeit“ nicht zurückstehen. „Nach dem Frühgebet geht Bush die Treppe hinunter ins Oval Office ...Nichts prägt den Menschen George Bush stärker als die Begegnung mit dem Erlöser bei der eigenen Wiedergeburt... Mit der Frage des Krieges lebt Bush, so sagt er selbst, ‚in völligem Frieden‘“. Doch damit reichte es offenbar immer noch nicht:

„Womöglich ist diese religiös grundierte Frugalität einer der Hintergründe für das persönliche Zerwürfnis mit Gerhard Schröder. Denn der deutsche Kanzler, mehrfach geschieden und Freund des Rotweins verkörpert alles, was Bush hinter sich gelassen hat.“ (Die Zeit, 13. 3. 2003) So über die Hintergründe des Verhältnisses zwischen „reinem Wiedergeborenen“ und „sündigem Lotterbuben“ belehrt, können wir uns auch weiterhin auf die Objektivität und das Urteilsvermögen von Amerika-Korrespondenten führender deutscher Tages- und Wochenzeitungen verlassen! Kritiker der amerikanischen Kriegsrhetorik und -politik wurden mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus bedacht. Die prominenteste Zielscheibe der proamerikanischen Agenten in der deutschen Medienlandschaft war der deutsche Bundeskanzler. Als eine Speerspitze der Diffamierungskampagne gegen Schröder erwies sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung. So schreibt ein Herausgeber, Berthold Kohler, Schröder habe früh „das verbündete Amerika und seinen Präsidenten als das größere Risiko“ als Saddam Hussein dargestellt. Die Politik der Bundesrepublik sei „nicht rationale Außenpolitik, das ist bestenfalls Glaubenspolitik, eine dazu, die Saddam Hussein in die Hände spielt.“ (FAZ, 24. 1. 2003).

Als Fazit ist festzuhalten: Obleich Deutschland in den beiden Kriegen gegen den Irak sich nicht direkt mit deutschen Soldaten beteiligte, betrieben maßgebliche

deutsche Medien Kriegspropaganda für die USA und kritisierten die Bundesregierung wegen ihrer militärischen Abstinenz. Doch die Wirkung dieser Propaganda erwies sich als wenig wirksam. In beiden Irakkriegen blieb die deutsche Bevölkerung bei ihrer ablehnenden Haltung zu einer Teilnahme deutscher Soldaten an den Kämpfen. Eine weit größere Bedeutung und wohl auch Wirkung hatten deutsche Medien allerdings für den Krieg gegen Jugoslawien. Es wäre interessant, einmal die Rolle der deutschen Presse während des Zusammenbruchs Jugoslawiens zu untersuchen. Hier muß es ausreichen, exemplarisch darzustellen, wie sich deutsche Printmedien als geistige Weichensteller für einen Krieg betätigten:

- Wie bereits erwähnt, nahmen nach einer Zeit der relativen Ruhe Ende 1998 die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Kosovo wieder zu. Im deutschen Blätterwald sprach man von einer „Weihnachtsoffensive“ der Serben. Über die Folgen dieser „Offensive“, die eigentlich Reaktion auf eine militärische Aktion der UCK war, gehen die Darstellungen weit auseinander. 30.000 Menschen hätten ihre Häuser verlassen (FAZ, 29. 12. 1998), 10 .000 Menschen seien geflüchtet (SZ, 29. 12. 1998) heißt es. Dagegen stellt das Verteidigungsministerium in einer Unterrichtung des Bundestags fest: „Presseberichte über größere Flüchtlingsbewegungen ... sind unzutreffend. Beobachter schätzen die Anzahl der aus der Region geflüchteten Personen auf etwa 100.“ Die deutsche Botschaft in Belgrad kommentiert: „Berichte über größere Flüchtlingsbewegungen können nicht bestätigt werden.“ Derartige Diskrepanzen in den Einschätzungen der Flüchtlingzahlen im Kosovo-Konflikt sind keine Ausnahme sondern die Regel. Die offensichtlichen Übertreibungen der Presse sollten wohl einen Handlungszwang für die Politiker aufbauen, nun endlich militärisch in den Konflikt einzugreifen.
- Ein „Wendepunkt“ von der friedlichen Konfliktregelung zum Krieg gegen Jugoslawien war das bereits erwähnte „Massaker von Racak“. Am 16. Januar 1999 machten internationale Beobachter eine grauenvolle Entdeckung. Sie fanden in dem Dorf Racak, im zentralen Kosovo, 40 erschossene Kosovo-Albaner in Zivilkleidung. Politiker und Journalisten waren sich schnell einig: ein serbisches Massaker an albanischen Zivilisten. Die Instrumentalisierung des „Massakers von Racak“ war wohl eine der entscheidendsten Weichenstellungen zum Krieg gegen Jugoslawien. Faktum ist: Bis heute ist der Hergang dieser Bluttat noch nicht abschließend aufgeklärt, obwohl internationale Gerichtsmediziner die Opfer untersucht haben. „Racak“ ist allerdings eines der Kriegsverbrechen, die von der Anklage im Prozess gegen Milosevic vor dem Haager Tribunal aufgeführt werden. Die Art, wie als seriös geltende deutschsprachige Tageszeitungen über das „Massaker von Racak“ berichteten, wirft ein Licht auf die Vorkriegsberichterstattung und ihre Funktion als Weichenstellung zum Krieg. Eine Behauptung in der Presse war, die Leichen seien durch die serbischen Mörder verstümmelt worden: „Einem Toten waren beide Ohren abgehackt“ (SZ, 21. 1. 1999). „Viele Opfer waren ... verstümmelt. Schädel eingeschlagen, Gesichter zerschossen, Augen ausgestochen. Ein Mann enthauptet.“ (FAZ, 18. 1.19 99) „Einem Toten war der Kopf vom Rumpf abgetrennt, anderen waren die Augen ausgestochen, das Gesicht weggeschossen ...“ (FAZ, 20. 1. 1999). Faktum, durch den Untersuchungsbericht finnischer Gerichtsmediziner festgestellt: Es gab keine Anzeichen für Verstümmelungen der Leichen. Erkannte Verletzungen geschahen durch Tiere, da die Leichen über Nacht im Freien lagen. Eine

zweite in den Medien verbreitete Behauptung, die Opfer seien aus nächster Nähe durch Genickschüsse hingerichtet worden, erwies sich nach den Autopsieergebnissen ebenso als falsch. Die Untersuchungsergebnisse unparteiischer Gerichtsmediziner waren jedoch kein Hindernis für Journalisten, auch weiterhin von Verstümmelungen und Hinrichtungen zu sprechen. So der Balkan-Korrespondent der FAZ, Matthias Rüb, ein halbes Jahr später: „... Die meisten Toten wiesen Schusswunden im Kopf und Genick auf, sie mussten aus nächster Nähe erschossen, geradezu hingerichtet worden sein. Viele Opfer waren außerdem verstümmelt: Schädel eingeschlagen, Gesichter zerschossen, Augen ausgestochen. Ein Mann war enthauptet.“ Es reichte offenbar nicht, über den Tod von 40 Menschen zu berichten. Sondern die medialen Ausschmückungen der Art des Todes und die Verstümmelungen an den Toten sollten wohl die besondere Bestialität der Mörder demonstrieren. Der Balkan-Korrespondent der FAZ, Matthias Rüb, erweckte durch eine geradezu besessene Detailschilderung den Eindruck, als sei er unmittelbarer Zeuge gewesen. Seine Berichte kamen aus Budapest!

- Zur Rechtfertigung des Krieges gegen Jugoslawien behaupteten deutsche Politiker, schon Mitte März 1999 hätten jugoslawische Truppen eine Großoffensive im Kosovo begonnen. Auch die Medien berichteten einige Tage vor Beginn des Krieges darüber. Hierzu die Schlagzeilen: „Serbische Großoffensive im Kosovo“ (Die Welt, 23.3.1999) , „Serben auf dem Vormarsch“ (FAZ, 23.3.1999), „Eine neue grausame Runde von Kämpfen und Vertreibungen ist nach der Pariser Konferenz in Gang gekommen“ (SZ, 22.3.1999), „Serben starten neue Offensive im Kosovo“ (FR, 22.3.1999), „die Serben rücken mit 40.000 Soldaten und schweren Waffen ein“ (Die Welt, 22.3.1999). Welche Lage herrschte nun tatsächlich wenige Tage vor Kriegsbeginn in Kosovo? Den 1400 internationalen Beobachtern vor Ort war offenbar die „serbische Großoffensive“ entgangen.

Auch die Nachrichtenexperten des deutschen Verteidigungsministeriums hatten davon anscheinend nichts bemerkt. Am 22. März 1999, also zwei Tage vor Beginn des Luftkrieges gegen Jugoslawien, stellten sie u.a. fest: Entgegen Medienberichten sei derzeit weiterhin keine Großoffensive jugoslawischer Sicherheitskräfte in Kosovo erkennbar. Die Sicherheitskräfte versuchten, örtlich begrenzt die Kräfte der albanischen Guerilla zurückzudrängen. Der Kräfteinsatz für diese Operationen sei gegenüber der Vorwoche „weitgehend unverändert“. „Erneute Hinweise auf Zuführungen kampfkraftiger Verstärkungen können derzeit noch nicht bestätigt werden“.

Die deutsche Politik hat den Krieg gegen Jugoslawien damit gerechtfertigt, die NATO habe gegen einen an den Kosovo-Albanern sich vollziehenden Völkermord bzw. eine humanitäre Katastrophe eingreifen müssen. Die meisten Medien transportierten bzw. verstärkten diese Botschaft. Sie hat sich heute verfestigt. So heißt es , „angesichts eines drohenden Genozids im Kosovo“ habe es sich „bei Lichte besehen“ um „einen moralisch legitimized Krieg“ gehandelt. (Die Zeit, 27. 3. 2003) Robert Leicht spricht von „völkermörderischem Gemetzel“ und „akutem Genozid.“(Die Zeit, 13. 2. 2003) Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD behauptet, mit dem Militäreinsatz der Bundeswehr habe Deutschland bei der „Bekämpfung von Völkermord ... geholfen.“ (FAZ, 21. 1. 2003) Die NATO habe „in einen laufenden Abschlichtungsprozess“ eingegriffen, tönt es in diesem Konzert der nachträglichen Legitimierung eines Krieges an anderer Stelle. (FAZ, 30. 4. 2003)

„Korpsgeist und Denkverbot“ titelt Professor Karl Prümm, Medienwissenschaftler an der Universität Marburg, seinen Beitrag bei den 33. Mainzer Tagen der Fernsehkritik zur Rolle des deutschen Fernsehens im Kosovo-Krieg. Und er stellt fest: „In der Zeitspanne vom Scheitern der Rambouillet-Verhandlungen bis zum Beginn der Bombenangriffe erreichte die Anpassungsbereitschaft an eine Kriegspolitik ihren Höhepunkt... Nachrichten und Sondersendungen suggerierten ... eine finale Dynamik, eine Unausweichlichkeit des Luftkriegs.“ ... Das Fernsehen wurde in den ersten Tagen zu einem Verlautbarungsorgan von Politik und Militär.“

Auch namhafte deutsche Tageszeitungen machten sich zu Planierfrauen für den Weg in den Luftkrieg gegen Jugoslawien. Insgesamt lässt sich feststellen, dass führende deutsche Tageszeitungen gewalttätige Auseinandersetzungen und ihre Folgen dramatisierten. Der Umfang von Kampfhandlungen, die Flüchtlingszahlen, das Ausmaß von Operationen der jugoslawischen Sicherheitskräfte wurde z.T. maßlos übertrieben. Serbische Gewalttätigkeiten wurden aufmerksam registriert, nicht selten überzeichnet, die der Kosovo-Albaner oft ignoriert. Medien wurden zu Weichenstellern für den Krieg, indem sie „Zwangsläufigkeiten“ konstruierten und den politischen Handlungsspielraum auf die Option Krieg einschränkten. Es fällt auf, dass sich die untersuchten Tageszeitungen in ihrer Berichterstattung zum Kosovo-Konflikt sehr ähnlich waren, obwohl sie sich im allgemeinen politischen Spektrum unterschiedlich positionieren.

Der Bonner Professor Christian Hillgruber fasst die Wirkung der Medien als Motor der Eskalation zum Krieg gegen Jugoslawien so zusammen: „Die von den Medien geschürte öffentliche Meinung verlangte unerbittlich moralisch begründeten Aktionismus. Sie erhielt, was sie einforderte: blutigen Tribut an eine von den Medien erzeugte öffentliche Meinung.“ (FAZ, 12. 2. 2003)

Die deutsche Presse feierte ihre Kriegshelden, insbesondere den deutschen Außenminister Josef Fischer. Sein spezieller Imagepfleger in der „Zeit“ meint, es sei Fischer gewesen, „der nicht nur die moralische Dimension des Krieges [gegen Jugoslawien] beschwor, sondern ihn zum ‚europäischen‘ Krieg adelte und in großen Würfeln den Balkan nach Europa holte“. (Die Zeit, 27. 9. 2001) In die Politik eingebetteten Journalismus könnte man das nennen.

Die deutsche Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien beschleunigte die Militarisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Prozess wurde von deutschen Medien mit harmonisierendem Wohlwollen, nicht selten geradezu mit Begeisterung begleitet. Jahrzehnte deutscher Friedenspolitik und militärischer Zurückhaltung, geprägt durch die Maxime, dass nach den schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege deutsche Soldaten nur noch zur Verteidigung eingesetzt werden sollten, galten nun als eine Art infantiler und anormaler Phase in der Geschichte der Bundesrepublik. Die „selbstgesetzten Tabus“ wurden nun endlich abgelegt.

Bundeskanzler Schröder stilisiert sich geradezu als politischer Herkules, der die „traditionelle Tabuisierung des Militärischen“ in Deutschland aufbrechen musste. (Die Zeit, 15. 8. 2002) Es ist schon grotesk, wenn der Eindruck erweckt wird, dass der ehemalige Verteidigungsminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen militärstrategischer Sachverstand im In- und Ausland überaus geschätzt wurde, eine „Tabuisierung des Militärischen“ betrieben haben soll. Und noch ein Beispiel für ein kurzsichtiges Urteil, das sich in einer maßlosen Sprache äußert. In der „Zeit“ vom 19. 9. 2002 behauptet Josef Joffe, Schröder und Fischer sei „der Ausbruch aus dem Ghetto außenpolitischer Verantwortungslosigkeit“ gelungen. Es ist kaum zu glauben: Joffe sieht Konrad Adenauer, Willy Brandt oder Helmut Kohl „im Ghetto außenpolitischer Verantwortungslosigkeit“!

Aufarbeitung !?

Propagandistische Schlagwörter wie „Humanitäre Katastrophe“ und „Völkermord“ bereiteten im Jahre 1999 den Weg zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Die angebliche Bedrohung mit irakischen Massenvernichtungswaffen musste herhalten, um den angelsächsischen Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 zu begründen. Beide Legitimierungen dieser Angriffskriege entpuppten sich als Kriegspropaganda zur Täuschung der öffentlichen Meinung. Sie entfachten Emotionen in der Bevölkerung und in den Parlamenten und suggerierten die Notwendigkeit eines raschen militärischen Eingreifens, um noch größeres Unheil abzuwenden. Für friedliche Konfliktlösungen gab es anscheinend keine Zeit mehr. Gefahr in Verzug – so lautete die Parole! Insoweit reihten sich auch diese beiden Kriege in die Lügenkampagnen zur Vorbereitung anderer Kriege ein.

Doch was waren die wirklichen Motive? Sie lassen sich identifizieren, wenn der Nebel der Kriegspropaganda durchdrungen wird. Für beide Kriege war die gewaltsame Herbeiführung eines Regierungswechsels (Regime Change) ein wichtiges Kriegsziel. Das Milosevic- und Saddam-Regime sollten nicht beseitigt werden, weil sie diktatorisch und verbrecherisch waren. Die USA und die westliche Wertegemeinschaft hatten mit den beiden Diktatoren und mit vielen anderen lange Zeit gute Geschäfte gemacht. Milosevic und Saddam Hussein waren zu eliminieren, weil sie sich amerikanischen Interessen in den Weg gestellt hatten. Das die beiden Kriege dominierende amerikanische Interesse war es, militärische Macht in zwei Krisenregionen zu projizieren. In Kosovo haben die USA inzwischen eine riesige Militärbasis errichtet, die ihnen die Möglichkeit bietet, Truppen nahe an zwei Regionen heranzubringen: Den Kaukasus und den Nahen Osten. Vom Irak aus könnten die USA mit dort stationierten Truppen den „weiteren Mittleren Osten“ militärisch und damit auch politisch abdecken. Natürlich ist die Absicherung der Erdölvorräte in dieser Region das die amerikanische Politik leitende Interesse. Aus heutiger Perspektive kann der Krieg gegen Jugoslawien als eine Art Generalprobe für den Irak-Krieg gesehen werden. Dass in beiden Kriegen auch die Vereinten Nationen schwer beschädigt wurden, war für die USA ein willkommener Kollateralnutzen.

Zum zweiten Jahrestag des „Kosovo-Krieges“ kam es zu einer recht ungewöhnlichen Aktion. In einem offenen Brief richteten die Hamburger Friedensforscher Professor Dieter Lutz und Dr. Reinhard Mutz an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen Appell für „eine demokratische Aufarbeitung und Verarbeitung des Krieges“ gegen Jugoslawien. Die Reaktion aus den Reihen der Volksvertreter, denen Lutz und Mutz Versagen attestiert hatten, spricht für sich. Es gab einige wenige positive Antworten. Den Ton gaben jedoch andere an. Der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Peter Struck, vertrat die Auffassung, der „Offene Brief“ der beiden Friedensforscher enthalte „schwerste Beschuldigungen gegen die Bundesregierung und gegen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, bis hin zu kaum erträglichen Verleumdungen.“ Den publizistischen Gegenangriff führte der SPD-Abgeordnete und außenpolitische Sprecher seiner Partei, Gernot Erler. Er wies in einer längeren Stellungnahme die Darstellungen und Vorschläge der beiden Wissenschaftler zurück, warf ihnen einseitige und tendenziöse Fakteninterpretation vor und brandmarkte sie als „selbsternannte Staatsanwälte und Chefankläger“ mit einem „Hang zu öffentlichen Tribunalen.“

Professor Dieter Lutz, eine der markantesten Persönlichkeiten in der deutschen Friedensforschung, ist am 14. Januar 2003 gestorben. Sein Appell für eine Aufarbeitung des Kosovokonflikts verdient nach wie vor Gehör, denn sein Fazit zum zweiten Jahrestag des Krieges ist unverändert aktuell: „Mehr Probleme als Lösungen, mehr Fragen als Antworten.“ Allerdings ist auch weiterhin nicht zu

erwarten, dass der deutsche Bundestag den Mut zu einer wirklich objektiven „Aufarbeitung“ finden wird.

Ein in vieler Hinsicht bemerkenswertes Interview schloß der Berliner Erzbischof, Georg Kardinal Sterzinsky am 26. März 1999 mit folgendem Resümee ab: „Das ist furchtbar, wenn ich an diesen Mentalitätswandel denke: ‚Keine Waffe anfassen!‘ hieß es in den ersten Jahren nach dem Krieg, weil wir so bitter enttäuscht waren von uns selbst und von anderen. Und dann: Ja, wir müssen uns aber verteidigen! Und dann: Wenn irgendwo ein Angriff gestartet wird, das waren die 90er Jahre, dann wollen wir bestenfalls Beobachter sein und humanitäre Hilfe leisten. Und jetzt scheint das in der ganzen Breite des Volkes Zustimmung zu finden, dass Deutsche sich da auch noch am Waffengebrauch beteiligen. Ist ja besser, wenn das so hingenommen wird und nicht zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Bundesrepublik führt. Aber ich sehe mit Bangen, wie die Zeit die innere Einstellung verändern kann.“ Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist offenbar unter rot/grüner Führung zu den Instrumenten des 19. Jahrhunderts zurückgekehrt, um die Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen!

Werdegang

Dr. Heinz Loquai, Jahrgang 1938. Zivilberuf Industriekaufmann. Juli 1959 Eintritt in die Bundeswehr. Bis 1966 Ausbildung zum Fernmeldeoffizier der Luftwaffe. Während dieser Zeit Abitur am Abendgymnasium Karlsruhe. Nach Einsatz als Kompaniechef von 1968 bis 1973 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Köln. Von 1973 bis 1975 Teilnahme am Generalstabslehrgang der Luftwaffe. Danach Dozent für Betriebs- und Organisationswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr. Parallel hierzu Promotion an der Universität Hamburg mit Abschluß als Dr. rer. pol. Anfang 1980. Anschließend Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung im Bereich der Militärpolitik. Nach Besuch des NATO Defence College in Rom drei Jahre Referatsleiter für Nuklearstrategie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel. Von 1989 bis 1991 stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes auf der Divisionsebene in der Luftwaffe. Am 1. 4. 1991 Übernahme des neu aufgestellten Zentrums für Verifikationsaufgaben (Zuständigkeit: Rüstungskontrolle und Abrüstung). Von 1995 bis zur Pensionierung am 31. März 1999 Leiter der Militärberatergruppe bei der deutschen OSZE-Vertretung in Wien. Seit 2001 Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaften an der Universität zu Köln. Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Militär- und Sicherheitspolitik.